



POLITISCHE POSITION

Berliner Digitaloffensive 2.0

Gemeinsam Digitale Fortschritte machen



Digitaloffensive 2.0

Gut drei Jahre ist es her, dass wir unsere erste IHK-Digitaloffensive präsentiert haben. Damals, im Sommer 2020 befanden wir uns noch inmitten der Coronapandemie. Verwaltung, Schulen und Unternehmen mussten schlagartig ihre Prozesse digitalisieren, neue Endgeräte anschaffen, Home-Office ermöglichen und Infrastruktur ausbauen. Doch was ist von diesem Momentum geblieben?

Im Herbst 2023 stellen wir fest, dass der zwingend benötigte digitale Aufschwung schon wieder abgeklungen ist. Energiekrise, Fachkräftemangel und noch dazu eine Wiederholungswahl haben die Digitalisierung in den Hintergrund gedrängt, teilweise sogar zurückgeworfen. In zu vielen Bereichen sind Berliner Politik und Verwaltung zu business as usual zurückgekehrt, statt den digitalen Fortschritt weiter konsequent voranzutreiben. Anspruch und Wirklichkeit liegen teils meilenweit auseinander. Oder etwas polemisch gesagt: Während alle Welt über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz spricht, droht in Berlin die Einführung der E-Akte zu scheitern. Die Modernisierung und Digitalisierung der Berliner Verwaltung bleibt eine ernüchternde Großbaustelle.

Doch bei aller Kritik gibt es auch reichlich Grund für Optimismus: Der Berliner Senat hat eine Digital- und Smart-City-Strategie verabschiedet; eine Gigabitstrategie verspricht flächendeckende Glasfaserverfügbarkeit bis 2028; ein hochspannendes KI-Ökosystem aus Wissenschaft und Wirtschaft ist entstanden; die gemeinsame Bereitstellung und Nutzung von Daten gewinnen an Bedeutung. Darauf lässt sich aufbauen!

Mit der vorliegenden Digitaloffensive 2.0 wollen wir Anstoß geben für einen konstruktiven Dialog über eine Berliner Digitalpolitik, die das riesige Innovationspotenzial und unsere digitalen Talente in und für die

Stadt nutzt. Unter Federführung des IHK-Themenausschusses Innovative und wissensgetriebene Stadt wurde gemeinsam mit weiteren Themenausschüssen in einer Reihe von Workshops digitalpolitische Bilanz gezogen, aktuelle politische und technologische Entwicklungen diskutiert und darauf aufbauend konkrete Handlungsempfehlungen an den Senat formuliert.

Natürlich bemisst sich digitaler Fortschritt nicht an der Anzahl von Strategiepapieren und Aktionsplänen. Davon gibt es gewiss genug. Digitaler Fortschritt heißt konsequente Umsetzung von Projekten, das Steigern von Effizienz und Nutzerzentriertheit, das Beseitigen von Hürden und die Förderung von Innovation und Wachstum. Das alles hat seinen Preis, darf aber selbst in Zeiten klammer Haushaltskassen nicht weiter aufgeschoben werden. Auf Bundes- und Landesebene braucht es die Einsicht, dass Investitionen in (digitale) Infrastrukturen und Innovationen unsere Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Berlin hat zweifelsfrei das Potenzial zur Digital- und Innovationshauptstadt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Berlin diesen Titel wirklich verdient und digitaler Fortschritt in allen denkbaren Bereichen gelebt wird!

Sebastian Stietzel
Präsident der
IHK Berlin

Paul Wolter
Vorsitzender
Ausschuss Innovative und
wissensgetriebene Stadt

Matthias Patz
Stellv. Vorsitzender
Ausschuss Innovative und
wissensgetriebene Stadt

Handlungsfelder auf einen Blick



DIGITALE VERWALTUNG UND GOVERNANCE

6

Digitalgesetz muss effiziente Steuerungsmechanismen schaffen
Operative IKT-Zuständigkeiten unter einem Dach bündeln
Digitale Akte retten und Projektanpassungen prüfen
Innovationen durch Digitales Bürgeramt anschieben
Flexibles Innovations- und Digitalbudget bilden
Vergabegesetz als Innovationshebel nutzen



DIGITALE INFRASTRUKTUR

11

Umsetzung der Gigabitstrategie weiterhin konsequent vorantreiben
Nachhaltigkeit und Resilienz von Rechenzentren steigern
LoRaWAN-Infrastruktur für die Smart City Berlin ausbauen
Konzept für FreeWifi Berlin vorlegen



DIGITALE SOUVERÄNITÄT UND IT-SICHERHEIT

16

Konsens zum Verständnis von Digitaler Souveränität schaffen
Open-Source-Ökosystem fördern
Sicherheitskompetenzen in Behörden und Wirtschaft stärken
Förderprogramm der Digitalprämie neuauflegen



KI UND SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN

21

Statt eines neuen KI-HUBs die etablierten Strukturen stärken
K.I.E.Z. und BIFOLD langfristige Planungssicherheit geben
Stärken bei Quantentechnologie international ausspielen
Produktion und Lieferketten von Schlüsseltechnologien sichern
Innovationsökosystem strategisch ausrichten



DATENPOLITIK

26

Open Data als Standortfaktor begreifen
Mit dem DataHub den Grundstein für einen digitalen Zwilling legen
KMU-Servicestelle bei der BlnBDI einrichten
Gesundheitsdaten als Vorreiter für Innovation nutzen
Projekt für Open-Source-Datenschutzkonzepte pilotieren



IT-FACHKRÄFTE

31

Qualifizierung und arbeitsrechtliche Regelungen flexibler gestalten
Den Standort für IT-Talente attraktiver machen
Einfachere Zuwanderung von qualifizierten IT-Fachkräften forcieren
Eine moderne Branche braucht moderne Rahmenbedingungen



DIGITALE BILDUNG

36

Zielbild 2030 für die digitale Bildung in Berlin entwickeln
Agile Verfahren für zeitgemäße Lehrpläne einführen
Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte zu digitaler Bildung fokussieren
Digitalisierungsfreundlichen Rechtsrahmen sicherstellen
Infrastruktur und Kapazitäten angemessen steuern



Digitale Verwaltung und Governance

0%

der Berliner Verwaltungsleistungen entsprechen dem Once-Only-Prinzip.

Antwort des Senats auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/14608, 8.2.2023

Digitalisierung braucht Verwaltungsmodernisierung! Digitale Unternehmensprozesse sind in der Berliner Wirtschaft zum Standard geworden. Diese Entwicklung hat zwar auch die öffentliche Verwaltung erreicht, doch ihre Dynamik muss sich deutlich verstärken. Nur eine vollständig medienbruchfreie Beantragung und Bearbeitung von Verwaltungsanliegen hebt Effizienzpotenziale. Diese beschränken sich nicht nur auf eine komfortablere Nutzung für die Unternehmen und Stadtgesellschaft, sondern neue datengestützte Lösungsansätze bedeuten auch eine erhebliche Entlastung für die Verwaltungsmitarbeitenden. Dabei muss sichergestellt sein, dass Daten nur einmal hinterlegt und nicht wiederholt und an mehreren Stellen abgefragt werden (Once-Only-Prinzip).

DIGITALGESETZ MUSS EFFIZIENTE STEUERUNGSMECHANISMEN SCHAFFEN

Klare Zuständigkeiten und zentrale Steuerung

Das Digitalgesetz muss als wichtiger Baustein der Verwaltungsreform und Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen Bezirken und Hauptverwaltungen die effiziente Steuerung und beschleunigte Umsetzung von Digitalvorhaben gewährleisten. Neben langfristigen digitalpolitischen Leitplanken muss das Gesetz hierfür klare Zuständigkeiten benennen, eine Zentralisierung anvisieren und verpflichtende Richtlinien für Projektmanagement und -steuerung festlegen, u. a. muss verankert werden, wie erfolgreiche Prototypen anschlussfinanziert und in den Regelbetrieb überführt werden. Dazu muss das Gesetz verpflichtende Ziele und Meilensteine für die Umsetzung definieren.

Mithilfe des Digitalgesetzes sollten auch die Verfahren für die Entwicklung von Software und digitalen Fachanwendungen verschlankt und die Anzahl der Prüfungsschritte reduziert werden. Dabei muss jede Prüfung

eine konstruktive, ergebnisorientierte Verbesserung der Produkte zum Ziel haben und nicht auf der Ebene allgemeiner Vorbehalte verbleiben. Parallel zu der Prüfung sollten Anwendungen bereits in einer Beta-Version von Nutzern und Nutzerinnen getestet und auf dieser Grundlage weiterentwickelt werden. Zudem muss der Fortschritt von Digitalisierungsprojekten transparent gemacht werden. Das bereits verwaltungsintern genutzte Dashboard für die Digitalisierung von Fachverfahren sowie deren Umsetzungsstand muss daher noch in diesem Jahr auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

OPERATIVE IKT-ZUSTÄNDIGKEITEN UNTER EINEM DACH BÜNDELN

Eine leistungsfähige Berliner Verwaltung braucht digitale Strukturen aus einem Guss. Sowohl die IKT-Infrastruktur des Landes als auch die technischen Anwendungen müssen Teil eines integrierten Governance-Modells für die zielführende und kooperative Zusammenarbeit sein. So ist die Trennung von verfahrensabhängiger und verfahrensunabhängiger IT aufzuheben und die Zuständigkeiten für Anwendungsentwicklung und -betrieb in eine Hand zu legen. Eine Dezentralisierung oder einen weiteren landeseigenen IT-Dienstleister für die operative IKT-Zuständigkeit neben dem ITDZ sehen wir kritisch. Berlin verfügt über etablierte Strukturen, die weiter optimiert werden müssen, um die genannten Aufgaben zu bewältigen und Standardisierung, Innovation sowie Skalierung zu gewährleisten.

Hierbei kommt dem ITDZ Berlin als zentralem Akteur eine entscheidende Rolle zu, die es nur mit einem klaren Mandat und angemessener Ausstattung ausfüllen kann. Nur wenn das ITDZ frühzeitig in die IT-relevanten Vorhaben der Berliner Verwaltungen und Behörden auf Landes- und Bezirksebene eingebunden wird, kann es seine zentrale Stellung und fachliche Expertise einbringen. Das ITDZ benötigt darüber hinaus ein Finanzierungsmodell, das konkurrenzfähige Gehälter für IT-Fachkräfte sowie die Rücklagenbildung für Investitionen ermöglicht.

Entwicklungsprozesse verschlanken

Kein zweiter landeseigener IT-Dienstleister

ITDZ weiterentwickeln



DIGITALE AKTE RETTEN UND PROJEKTANPASSUNGEN PRÜFEN

*E-Akte:
Troubleshooting
und Umsteuern*

Die digitale Akte/E-Akte ist ein unverzichtbares Element der Berliner Verwaltungsdigitalisierung. Ein Scheitern des Projekts würde grundlegende Optimierungsprozesse um Jahre zurückwerfen. Der Senat muss mit Nachdruck tätig werden – in der richtigen Kombination aus akutem Troubleshooting und erforderlichem Umsteuern. Zum einen benötigen die beteiligten Bezirksämter kurzfristig personelle Unterstützung, um angestoßene Prozesse erfolgreich zu beenden. Zum anderen müssen der Senat und der beauftragte Dienstleister unter Einbeziehung der Bezirke notwendige Anpassungen im Prozess kritisch prüfen und vornehmen.

INNOVATIONEN DURCH DIGITALES BÜRGERAMT ANSCHIEBEN

*Bürgeramt:
Fachverfahren
modernisieren und
digitalisieren*

Parallel zum laufenden Betrieb der Bürgerämter und über bestehende Onlineangebote hinaus muss ein Team von erfahrenen Verwaltungsmitarbeitenden und externen Expertinnen und Experten den Transformationsprozess der Verwaltungsleistungen beschleunigen. Im Fokus steht die grundsätzliche Überprüfung und Modernisierung der Fachverfahren unter konsequenter Berücksichtigung der Kundenbedarfe und der Nutzerzentriertheit. Ziel dieses Reallabors in Form eines 13. Bürgeramtes muss die vollständige digitale Verfügbarkeit und medienbruchfreie Abwicklung zentraler Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft sein. Kernindikatoren wie Abrufzahlen und Bearbeitungszeit der Online-Dienstleistungen sollten transparent gemessen und veröffentlicht werden.

FLEXIBLES INNOVATIONS- UND DIGITALBUDGET BILDEN

*Flexibilität und
Agilität fördern*

Innovatives Verwaltungshandeln braucht Agilität und Flexibilität. Ein flexibel nutzbares Innovations- und Digitalbudget – gekoppelt an klare Vorgaben wie beispielsweise die Einbindung des CityLabs – muss bei der CDO angesiedelt werden und vereinfacht abrufbar sein, damit einzelne

Digitalisierungsvorhaben, Pilotprojekte und Prototypen aufgesetzt werden können. Zudem kann ein solches Budget finanzielle Anreize für Verwaltungsmitarbeitende schaffen, Innovationen und digitale Lösungen anzuregen und umzusetzen.

VERGABEGESETZ ALS INNOVATIONSHEBEL NUTZEN

Die Spielräume im Vergabegesetz müssen in der Umsetzung konsequent genutzt werden, um neuartige Lösungen in die Verwaltungsdigitalisierung einzubeziehen. In diesem Sinne sind Vergabestellen und beschaffende Fachbereiche zu ermächtigen und zu ermutigen, ausgetretene Pfade zu verlassen und Innovation, Qualität und Nachhaltigkeit die Tore zu öffnen. Ein „Serviceteam Innovative Beschaffung“ sollte eingerichtet werden, um bei der Auswahl und Umsetzung von (innovativen) Vergabeverfahren, bei Prozessfragen sowie hinsichtlich der Bedarfsermittlung und Markterkundung zu unterstützen.

*Spielräume
konsequent nutzen*



Anett Hüsen

Hauskrankenpflege Dietmar Depner GmbH
Ausschussvorsitzende Funktionierende Stadtverwaltung

„Die Berliner Politik verspricht seit Jahrzehnten den großen Durchbruch bei der Verwaltungsreform. Auf den Erfolg warten Stadt und Wirtschaft bis heute, nicht, weil es an Problemanalysen mangelt, sondern weil politischer Umsetzungswille fehlt. Wenn Behörden-Pingpong, Digitalisierungstau und der Mangel an IT-Fachkräften beendet werden sollen, braucht Berlin entschlossene Umsetzung – parteiübergreifend sowie gemeinsam durch Senat und Bezirke.“



DAS MACHT DIE IHK !

- **Businessplan „Funktionierende Stadt“**
Gemeinsam mit einem Expertenteam und als Teil der 3+1-Strategie des Präsidiums der IHK Berlin wurden konkrete Produktideen, deren Operationalisierung und Erfolgskriterien für eine moderne Verwaltung entwickelt.
- **Ausschuss Funktionierende Stadtverwaltung**
Der Ausschuss widmet sich der Verwaltungsmodernisierung in Berlin und erarbeitet Empfehlungen z. B. für die Berliner Verwaltungsreform und den Bürokratieabbau, innovative Vergabepraxis, nachhaltige Personalentwicklung in der Verwaltung sowie für ein allgemein wirtschaftsfreundliches Handeln in Politik und Verwaltung.
- **Newsletter „Verwaltung im Fokus“**
In diesem Newsletter nimmt die IHK Berlin Stellung zu aktuellen Entwicklungen im Kontext der Großbaustelle Verwaltungsmodernisierung.



Digitale Infrastruktur

Leistungsfähige digitale Infrastruktur ist ein Grundbedürfnis von Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne ein flächendeckendes Glasfaser- und 5G-Mobilfunknetz können Unternehmen und Gesellschaft nur unzureichend an der Digitalisierung teilhaben. Im Juni 2021 hat der Berliner Senat eine Gigabitstrategie verabschiedet, mit der diese Lücke schnellstmöglich geschlossen und der marktgetriebene Ausbau besser koordiniert werden soll. Über den Gigabitausbau hinaus muss Berlins digitale Infrastruktur die Basis für eine nachhaltige, resiliente und leistungsstarke Smart City bilden.

Für **53 %**
der Berliner Unternehmen muss der Breitbandausbau zu den Prioritäten der Landesregierung zählen.

Quelle: IHK - Digitalisierungsumfrage

UMSETZUNG DER GIGABITSTRATEGIE WEITERHIN KONSEQUENT VORANTREIBEN

Die Umsetzung der Gigabitstrategie verläuft aktuell positiv. Der Gigabit-Lenkungskreis sowie die nachgelagerten Arbeitskreise für den Breitband- bzw. den 5G-Mobilfunkausbau haben sich bewährt und starke Kooperationsstrukturen geschaffen, in denen Telekommunikationsunternehmen und Verwaltung gemeinsam den privatwirtschaftlich getriebenen Ausbau effizient koordinieren. Nachdem das Ziel eines flächendeckenden gigabitfähigen Netzes in Berlin nahezu erreicht ist, bewegen wir uns nun in der deutlich herausfordernden Phase der Strategie: Mit dem Ziel einer Glasfaserabdeckung von 100 % bis 2028 gehen erhebliche Baumaßnahmen einher. Der daraus resultierende Anstieg an Anträgen lässt sich nur bewältigen, wenn die Verfahren in den Bezirken weiter deutlich beschleunigt und harmonisiert werden. Die Bezirke sollten die hierfür notwendige Unterstützung und Ressourcen erhalten – auch mit Blick auf den neuen Doppelhaushalt 2024/25. Bei dem bereits digitalisierten Antrags- und Genehmigungsverfahren sind punktuelle Verbesserungspotenziale sowie die Anbindung an weitere Fachverfahren zu prüfen, damit die Antragsstellung und -bearbeitung noch effizienter gestaltet werden.



Außerdem ist eine verbesserte Baustellenkoordinierung ein zentrales Element zur Beschleunigung des Glasfaserausbaus. Es gilt, Synergien zwischen Infrastrukturträgern (Strom, Wasser, Wärme, Gas) bei der Baustellenplanung zu stärken. Bezirke und Infrastrukturbetreiber müssen dafür noch konsequenter die vorhandenen Plattformen wie den Baustellenatlas und infrest nutzen.

NACHHALTIGKEIT UND RESILIENZ VON RECHENZENTREN STEIGERN

Metropolraummanagement für Rechenzentren

In Berlin wächst der Markt für Rechenzentren rasant. Viele internationale Marktführer haben sich in Berlin niedergelassen. Weitere hochmoderne Rechenzentren mit immenser Kapazität sind in den nächsten Jahren in der Stadt und im Umland geplant. Gleichzeitig verschärfen Rechenzentren die ohnehin starke Knappheit an innerstädtischen Gewerbeflächen. Bei der Ansiedlung von derart flächenintensiven Projekten sind daher ein effizientes Metropolraummanagement und die enge Kooperation mit dem Land Brandenburg unerlässlich. Die Ansiedlung von Rechenzentren muss Bestandteil eines breit abgestimmten und akzeptierten Leitbildes für die Weiterentwicklung der Metropolraumregion sein und in einem kooperativen Planwerk Berlin-Brandenburg münden.

Abwärmepotenziale bestmöglich nutzen

Im Rahmen des angekündigten Flächenkonzeptes für Rechenzentren muss der Senat den Themen Nachhaltigkeit und Resilienz große Beachtung schenken. Denn die Energieeffizienz von Rechenzentren gewinnt aus ökonomischer wie aus ökologischer Perspektive zunehmend an Relevanz. Die Anbindung von Rechenzentren an Fernwärmenetze kann sowohl einen Beitrag zur Grundversorgung leisten als auch eine erhebliche Verbesserung der Energiebilanz der digitalen Infrastruktur erzielen. Energieeffiziente Rechenzentren sind heutzutage nicht nur Qualitätsmerkmal und Baustein für einen nachhaltigeren urbanen Energiemix, sondern durch die Vorgaben für Betreiber von Rechenzentren im neuen

Energieeffizienzgesetz rechtlich vorgeschrieben. Um die Abwärmepotenziale bestmöglich in der Stadt nutzen zu können, muss der Senat Zugänge zum Fernwärmenetz und die entsprechenden Abnahmemöglichkeiten sicherstellen. Darüber hinaus sind Rechenzentren und Knotenpunkte ein wesentlicher Bestandteil der kritischen Infrastruktur und müssen in den Notfall- und Notversorgungsplänen der Verwaltung und den Behörden hohe Priorität genießen.

LORAWAN-INFRASTRUKTUR FÜR DIE SMART CITY BERLIN AUSBAUEN

Gemessen an den Ambitionen, die der Senat für die Smart City Berlin formuliert, läuft der Aufbau und Betrieb der städtischen IoT- und Long-Range-Wide-Area-Network (LoRaWAN)-Infrastruktur bislang zu schleppe. Mit dem Stadtpuls Berlin ist Anfang des Jahres eine spannende, Community-basierte Datenplattform für IoT-Projekte in Berlin eingestellt worden, da das ehrenamtliche Engagement an seine Grenzen gestoßen ist und eine Verstetigung des Projektes nicht möglich war. Dabei haben Stadtpuls und weitere Pilotprojekte wie Kiezbox 2.0 der Technologiestiftung oder SENSARE des infraLabs bereits eindrucksvoll gezeigt, wie mithilfe von LoRaWAN-Anwendungen und Sensordaten effizientere Steuerungs- und Frühwarnsysteme sowie Smart-City-Innovationen ermöglicht werden können.

Der Senat muss den Faden nun aufnehmen und gemeinsam mit den landeseigenen Betrieben und weiteren Beteiligten den Aufbau eines skalierbaren LoRaWAN-Netzes vorantreiben. Damit das Ausrollen smarterer Infrastruktur gelingt, müssen im Vorfeld klare Anwendungsfälle identifiziert werden. Dabei sollte ein möglichst offener Ansatz verfolgt werden und städtische Echtzeitdaten auch Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden, wann immer dies mit dem Schutz von kritischer Infrastruktur vereinbar ist.

Eine Smart City braucht Echtzeitdaten

Offene LoRaWAN-Netze



KONZEPT FÜR FREEWIFI BERLIN VORLEGEN

Öffentliche WLAN-Infrastruktur

Um allen Bevölkerungsgruppen, Touristen sowie dem stationären Einzelhandel ein zeitgemäßes und kostenloses städtisches Serviceangebot anzubieten, braucht die Stadt eine öffentliche WLAN-Infrastruktur. Dass das „Free Wifi Berlin“ Projekt trotz erfolgreicher Pilotphase und berlinweit aufgebauter Infrastruktur aufgrund von Abstimmungs- und Kapazitätsproblemen innerhalb der Verwaltung nicht in den Regelbetrieb übergegangen ist, ist Wirtschaft und Steuerzahlenden kaum zu erklären. Hier muss dringend Vertrauen zurückgewonnen und ergebnisoffen geprüft werden, ob und wie der Weiterbetrieb bestehender Infrastruktur gesichert werden kann.



Axel Zawierucha

internetwarriors GmbH
Ausschuss Innovative und wissensgetriebene Stadt

„Die Politik darf den Ausbau moderner digitaler Infrastruktur nicht als Kür begreifen, sondern als Pflichtaufgabe und Daseinsvorsorge wie auch Strom, Wasser und Wärme. Unternehmen sind auf leistungsstarkes Internet angewiesen. Außerdem gilt: Wenn wir es mit Smart City, Start-up-Hauptstadt und KI-Metropole wirklich ernst meinen, kann Berlin sich nicht auf die Aufholarbeit beim Breitbandausbau beschränken. Wir müssen gleichzeitig die Bedarfe und Technologien von morgen mitdenken.“

DAS MACHT DIE IHK !

■ Ausschuss Vernetzte und ökologische Stadt

Der IHK-Ausschuss widmet sich der Frage, wo das Land Berlin nachsteuern muss, damit unsere Stadt auf Basis einer leistungsfähigen, sicheren und klimaneutralen Infrastruktur in der Zukunft funktionieren kann. Neben digitaler Infrastruktur geht es dabei allgemeiner um infrastrukturelle Versorgungs- und Entsorgungsherausforderungen. Der Ausschuss berät und begleitet die Vollversammlung und das Präsidium beim Vorantreiben von Projekten auf diesen Gebieten.

■ Initiative „Fachkräfte für den Glasfaserausbau“

Unter der Federführung des Gigabitbüros des Bundes und der DIHK wurde diese Initiative ins Leben gerufen, um dem Fachkräftemangel im Glasfaserausbau gemeinsam entgegenzuwirken. Gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden, Institutionen und Ministerien fördert die Initiative Aus- und Weiterbildungsangebote.



Digitale Souveränität und IT-Sicherheit

Schäden in Höhe von
206
Mrd. Euro
sind deutschen
Unternehmen 2022
durch Cyberangriffe
entstanden.
Quelle: bitkom

Die Cyber-Bedrohungslage ist „so hoch wie noch nie“, warnt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in seinem aktuellen Lagebericht. Bei vielen Unternehmen fehlt es jedoch weiterhin an ausreichendem Wissen und Bewusstsein über IT-Sicherheitsrisiken sowie grundlegende Sicherheitsmaßnahmen. Berliner Politik und Wirtschaft sind gemeinsam gefordert, die Risiken zu minimieren, Unterstützungsangebote zu schaffen und das IT-Sicherheitsniveau zu heben. Zudem gilt es, die Abhängigkeit von einzelnen Soft- und Hardwareanbietern zu reduzieren.

KONSENS ZUM VERSTÄNDNIS VON DIGITALER SOUVERÄNITÄT SCHAFFEN

Digitale Souveränität
klar definieren

Nachdem der Begriff bereits auf Bundesebene als Schlagwort etabliert wurde, verankert der neue Senat „Digitale Souveränität“ nun ebenfalls als einen der Grundsätze der Berliner Digitalpolitik. Laut Koalitionsvertrag wird darunter verstanden, dass Institutionen und Individuen ihre Rollen in der digitalen Welt „selbstständig, selbstbestimmt und sicher“ ausüben können. Die Intention ist begrüßenswert. Doch souveräne Infrastruktur, Soft- und Hardware haben ihren Preis. Abhängigkeiten von internationalen Marktführern können nur reduziert werden, wenn wir als Stadt gewillt sind, Zeit und Ressourcen zu investieren, um souveräne Alternativen zu entwickeln. Es bedarf daher einer differenzierten Auseinandersetzung damit, was Digitale Souveränität in der Praxis konkret bedeuten soll und wie sich diese gezielt stärken lässt. Diese Diskussion muss die Politik gemeinsam mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft führen und einen breiten Konsens zum Verständnis von Digitaler Souveränität schaffen.

OPEN-SOURCE-ÖKOSYSTEM FÖRDERN

Ein Weg zu mehr Digitaler Souveränität bietet die Verwendung von Open-Source-Lösungen. Auch hier ist jedoch eine differenzierte Abwägung geboten, wann solche Lösungen bevorzugt eingesetzt werden sollten. Eine zu generalistische Auslegung des Prinzips „Public Money for Public Code“ erachten wir als wenig zielführend. Stattdessen geben eine fallabhängige Bevorzugung von Open-Source-Lösungen in der Vergabepaxis sowie die Einführung einer Begründungspflicht bei Nichtbeschaffung von Open Source mehr Flexibilität, um die wirklich beste Lösung für den konkreten Bedarf zu finden. Es sollte daher definiert werden, in welchen Bereichen Open-Source-Lösungen Vorrang genießen sollen und in welchen stärker auf proprietäre Anwendungen und Systeme zurückgegriffen werden kann. Dabei gilt, dass bei Vergaben zu Open-Source-Lösungen unbedingt auch langfristige Wartungs- und Sicherheitsfragen mitgedacht werden müssen.

Um leistungsstarke Open-Source-Anwendungen und -Anbieter langfristig zu fördern, müssen das Berliner Open-Source-Ökosystem und die hiesigen Kompetenzen gestärkt werden. Das geplante Open-Source-Kompetenzzentrum beim ITDZ ist ein sinnvoller Baustein. Darüber hinaus bieten die Vergabe von Open-Source-Stipendien oder geförderte Open-Source-Sabbaticals nach Münchener Vorbild spannende Formate, um Innovationen und Engagement der Open-Source-Community in die Entwicklung souveräner IT in der Berliner Verwaltung zu leiten. Zudem ist bei der Entwicklung von Open-Source-Lösungen der Blick aus Berlin wichtig. Wann immer möglich, sollte an Vorarbeiten angeknüpft, Synergien geschaffen und Verbundprojekte mit anderen Ländern entwickelt werden.

Differenzierter
Vorrang für
Open Source

Open-Source-
Kompetenzen
schaffen



SICHERHEITSKOMPETENZEN IN BEHÖRDEN UND WIRTSCHAFT STÄRKEN

IT-Sicherheitskooperation erleichtern

Digitale Souveränität bedeutet auch, dass Digitalisierung nur dann nachhaltig erfolgreich sein kann, wenn die ihr innewohnenden Sicherheitsrisiken minimiert werden. Das schließt auch den Umgang mit (KI-generierten) Falschinformationen oder Deep Fakes ein. Es braucht ein klares Mandat und Konzept des Landes, um die Fähigkeiten zur Prävention, Detektion und Reaktion auf IT-Sicherheitsvorfälle zu stärken. Dem hohen Bedrohungs- und Schadensniveau muss mit einer Aufstockung der Cyberkapazitäten bei den Sicherheitsbehörden begegnet werden. Dabei gilt jedoch: Cybersicherheit kennt keine Ländergrenzen, und verfügbare Ressourcen und IT-Fachkräfte sind begrenzt. Das Land muss daher die Kooperation mit der hiesigen IT-Sicherheitswirtschaft einerseits sowie mit Bundesakteuren wie dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) andererseits ausbauen und vereinfacht auf externe Expertise zurückgreifen können.

Zielgerichtete Unterstützung für KMU

Damit die Potenziale der (sicheren) Digitalisierung in der Breite der Berliner Wirtschaft ausgeschöpft werden, benötigen insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen Unterstützung. Die zielgruppenspezifische Ansprache sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote für KMU bleiben daher ein Schlüssel für mehr IT-Sicherheit in Berlin und Kernaufgabe von LKA, Verfassungsschutz und Digitalagentur. Letztere muss sich weiter als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen in Digitalisierungsfragen etablieren und dabei mit ihrem Produktportfolio sowohl niederschwellige als auch reichweitenstarke Angebote bieten.

FÖRDERPROGRAMM DER DIGITALPRÄMIE NEUAUFLEGEN

In der letzten IHK-Digitalisierungsumfrage gaben über die Hälfte der Berliner Betriebe die Kosten für IT-Sicherheitsmaßnahmen als großen Hemmfaktor an. Die erfolgreiche Digitalprämie sollte daher unter anderem im Sinne der IT-Sicherheitsförderung neuaufgelegt werden. Das Förderinstrument und insbesondere das digitalisierte, leicht zugängliche Antragsverfahren haben sich bewährt. Zwar plant die Landesregierung laut Koalitionsvertrag die Fortführung der Digitalprämie, die Mittel im Haushalt sind jedoch für dieses Jahr noch einmal signifikant verringert worden. Auch wenn die großzügige Ausstattung von 2021 gewiss nicht die Richtschnur ist, sollte das Förderprogramm den Digitalisierungsbedarfen und immensen Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft durch IT-Sicherheitsvorfälle entsprechend ausgestattet werden.

Fördermittel für IT-Sicherheit bereitstellen



DanLahiri Agboli

office company Group - Opera Plun GmbH
Ausschuss Innovative und wissensgetriebene Stadt



„Im Cyberraum wird mit harten Bandagen gekämpft. Wer einmal einen Cyberangriff in einem Unternehmen miterlebt hat, weiß, wie viel Zeit, Aufwand und Ressourcen es braucht, um wieder auf die Beine zu kommen. Wir müssen erreichen, dass IT-Sicherheit nicht als abstrakte Gefahr wahrgenommen wird, sondern als Grundvoraussetzung für langfristigen unternehmerischen Erfolg. Dafür müssen Politik, Behörden und Wirtschaft eng zusammenarbeiten und weiterhin Awareness für Risiken und Präventionsmaßnahmen schaffen.“



DAS MACHT DIE IHK

- **Newsletter „Unternehmenssicherheit: Tipps aus Berliner Expertenkreisen“:** Quartalsweise bietet der Newsletter einen Überblick über die aktuelle Wirtschaftsschutz- und Gefährdungslage, Tipps zu Sicherheitsmaßnahmen sowie Hinweise zu Veranstaltungen und Unterstützungsangeboten für Unternehmen.
- **Interviewreihe „Lauschangriff: Drei Antworten für mehr Sicherheit“:** In dieser Reihe bieten Sicherheitsexpertinnen und -experten großer Berliner Unternehmen einen Einblick in ihren Berufsalltag und geben Tipps, wie sich Betriebe auf aktuelle Gefährdungslagen vorbereiten und einstellen können.
- **Koordinierungsgruppe Sicherheitspartnerschaft:** Als Teil der Koordinierungsgruppe Sicherheitspartnerschaft (SIPA) setzt sich die IHK Berlin für eine vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Behörden und Sicherheitsexpertinnen und -experten aus der Wirtschaft ein. Gemeinsam werden aktuelle Entwicklungen im Bereich Wirtschaftsschutz diskutiert und dabei u. a. die dynamische IT-Sicherheitslage betrachtet.
- **it'sBB-Awareness-Reihe:** In Kooperation mit dem it'sBB e. V. bieten monatlich stattfindende Webinare KMU sowie deren IT-Abteilungen die Möglichkeit, aktuelle IT-Sicherheitsthemen mit Expertinnen und Experten aus der Region zu besprechen.



KI und Schlüsseltechnologien

Techhauptstadt bedeutet exzellente Forschung und digitale Innovationen made in Berlin. Als Start-up-Metropole mit exzellenten Hochschulen und Forschungseinrichtungen hat Berlin das Potenzial, zu einem der führenden Standorte für digitale Innovationen und disruptive Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) oder Quantentechnologie zu werden. Ziel aller Stakeholder – Politik, Wissenschaft und Wirtschaft – muss sein, gemeinsam diese Expertise in die wirtschaftliche Anwendung zu überführen. Berlin leistet damit einen wichtigen Beitrag zum deutschen und europäischen Innovationsökosystem im globalen Wettbewerb um Schlüsseltechnologien.

STATT EINES NEUEN KI-HUBS DIE ETABLIERTEN STRUKTUREN STÄRKEN

Das Berliner KI-Ökosystem hat in den letzten Jahren einen Boost erfahren, sowohl dank starker privatwirtschaftlicher Initiativen zur Förderung von Start-ups als auch durch neue staatlich geförderte Forschungszentren. Zurzeit fehlt es jedoch an einer strategischen Verzahnung der Akteure. Der Anspruch muss sein, den KI-Standort Berlin mit seinen individuellen Stärken als klar definierte internationale Marke zu etablieren. Außerdem müssen die Nutzungspotenziale von KI bestmöglich erschlossen und in die Anwendung gebracht werden. Der im Koalitionsvertrag angekündigte KI-Hub wird hier keinen Mehrwert bieten. Statt mit den überschaubaren Mitteln eine weitere Doppelstruktur im ohnehin dichten Feld der landesgeförderten Digitalakteure zu schaffen, sollten Transfer und Vernetzung primär beim K.I.E.Z. verortet sein; Branding und Marketing des KI-Standortes Berlin an Berlin Partner fallen.

14 %

der Berliner Unternehmen nutzen bereits KI.

25 %

planen den Einsatz von KI in den nächsten drei Jahren.

Quelle: IHK-Digitalisierungsumfrage

KI-Transfer und internationales Branding stärken



K.I.E.Z. UND BIFOLD LANGFRISTIGE PLANUNGSSICHERHEIT GEBEN

Finanzielle Förderung aufstocken

Auch bei der finanziellen Förderung von KI-Innovationen muss Berlin nachlegen. Während andere Bundesländer ihre KI-Strategien mit Fördermitteln im Millionenbereich untermauern, verlässt sich Berlin zu stark auf seine noch vorhandene Strahlkraft und den Zufluss von Bundes- und EU-Mitteln. Angesehene Berliner Initiativen wie das K.I.E.Z. oder BIFOLD müssen deutlich gestärkt werden und langfristige Planungssicherheit durch eine Übernahme und Verstetigung der Förderung durch das Land erhalten. Zudem ist eine Erweiterung des Portfolios der IBB Ventures um ein eigenes Programm zur Beteiligung an und Unterstützung von KI-Innovationen aus der Hauptstadt zu prüfen.

STÄRKEN BEI QUANTENTECHNOLOGIE INTERNATIONAL AUSSPIELEN

Berlin Quantum Alliance mit Leben füllen

Während KI aktuell den öffentlichen Diskurs dominiert, bieten Innovationen in der Quantentechnologie ähnlich großes Wirtschafts- und Disruptionspotenzial – allerdings noch mit deutlich längerem Entwicklungshorizont. Dabei sind die Schnittmengen zu KI, Foundation Models und Hochleistungsrechnern groß. Doch neben der Entwicklung von Software und Computing-Modellen fußt Quantentechnologie auf einer ebenso bedeutenden Hardwarekomponente. Berlin und Brandenburg verfügen hier dank jahrzehntelanger Expertise im Bereich Sensorik, Optik und Photonik über ein starkes Fundament. Auch in der Quantenkryptographie und IT-Sicherheit gibt es in Berlin große Kompetenz. Um diese Stärken gezielt auszuspielen und Berlin zu einem internationalen Hotspot für Quantentechnologie zu entwickeln, braucht es auch hier langfristige Planungssicherheit, eine angemessene Finanzierung in zweistelliger Millionenhöhe und eine starke Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft. Der Senat muss die Berlin Quantum Alliance (BQA) mehrere Legislaturen übergreifend mit Leben füllen und sicherstellen, dass die entstandene Expertise gebunden, weltweit beworben und für Investoren erschlossen wird.

DEN „BERLINER WEG“ FÜR TRANSFERPROJEKTE IM VERBUND WIEDERBELEBEN

Um Grundlagenforschung und wissenschaftliche Exzellenz in die Anwendung zu bringen, müssen Start-ups und Technologietransfer gezielt gefördert werden. Angesichts der für Berlin typischen mittelständischen Wirtschaftsstruktur müssen die Transferpfade niedrigschwellig auf die begrenzten Ressourcen der Unternehmen ausgerichtet sein, damit die Stadt auch von den hier gewonnenen Forschungsergebnissen selbst profitieren kann. Hierbei helfen KMU-Büros als proaktive Schnittstelle zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Eine Neuauflage des „Berliner Wegs“ zur finanziellen und organisatorischen Förderung von Transferprojekten zwischen Forschungseinrichtungen und einem Verbund von KMU könnte wichtige Brücken schlagen und eine Vielzahl von Use Cases in der Wirtschaft generieren. Dazu muss die Politik verstärkt auf Reallabore setzen, damit die Potenziale und Risiken disruptiver Innovationen erprobt und auch deren Akzeptanz in der Gesellschaft erhöht werden können.

Wirtschaft und Wissenschaft besser vernetzen

PRODUKTION UND LIEFERKETTEN VON SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN SICHERN

Hinter nahezu allen digitalen Innovationen stehen physische Hochtechnologien. Der globale Markt um Halbleiter, seltene Erden und Mikrochips ist hart umkämpft. Gemeinsam mit der Bundesregierung und der EU muss sich das Land dafür einsetzen, dass Berliner Anbieter von Schlüsseltechnologien im internationalen Wettbewerb gestärkt werden. Dazu müssen einerseits eigene Kompetenzen und Produktionskapazitäten aufgebaut sowie Lieferketten diversifiziert und resilienter gestaltet werden. Außerdem sollten innovative und effizientere industrielle Produktionsverfahren wie additive Verfahren oder Lasercutting sowie Ansätze zur ressourcenschonenden, zirkulären Produktion gefördert werden.

Industrie und Hardwareproduktion sichern



INNOVATIONSÖKOSYSTEM STRATEGISCH AUSRICHTEN

Jährliches Technologiesymposium ausrichten

Das globale Innovationsgeschehen ist schnelllebig; die Grenzen zwischen Technologien häufig fließend. Damit sich der Standort Berlin weltweit in der Spitze festsetzen kann, müssen Trends und Potenziale frühzeitig identifiziert und das Berliner Innovationsökosystems entsprechend ausgerichtet werden. Hierfür müssen führende Köpfe aus Wirtschaft und Wissenschaft in strategisch wichtigen Technologiefeldern von der Politik konsultiert werden, zum Beispiel in Form eines Technologiesymposiums.



Daniel Zapf

wycomco GmbH
Ausschuss Innovative und wissensgetriebene Stadt

„Die Bandbreite der Meinungen über KI reicht von ‚overhyped‘ über ‚Allheilmittel‘ bis hin zu ‚Ende der Menschheit‘. Umso wichtiger ist es, vollen Einsatz zu zeigen, um das bestmögliche Szenario mit dieser bahnbrechenden Technologie zu erreichen! Ich wünsche mir eine klare Vision seitens der politischen Akteure, wie wir Berlin zum Motor dieser Entwicklung machen. Mit einem Mix aus unbedingtem Willen, Mut, Augenmaß, Schnelligkeit und entsprechenden Ressourcen können wir mitgestalten, statt lediglich Trittbrettfahrer zu sein.“

DAS MACHT DIE IHK !

- **Berlin StartUp Unit**
Als Teil der Berlin StartUp Unit und insbesondere deren Core Group setzt sich die IHK Berlin bei der Politik für die ständige Verbesserung der Rahmenbedingungen für Start-ups in unserer Stadt ein.
- **Start-up-Team der IHK Berlin**
Die IHK bieten Gründerinnen und Gründern ein kompetentes Beratungsangebot zu Themen wie Businessanforderungen, Netzwerk- und Fördermöglichkeiten in Berlin.
- **IFAF-Veranstaltungsreihe „Forschung trifft Praxis“**
Gemeinsam mit dem Institut für angewandte Forschung Berlin (IFAF) organisiert die IHK Berlin eine Veranstaltungsreihe zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers. Dabei werden ausgewählte IFAF-Projekte vorgestellt, um Unternehmen für aktuelle Forschungsthemen zu sensibilisieren und innovative Kooperations- und Geschäftsmöglichkeiten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu ermöglichen.
- **Newsletter „Innovationspolitik aktuell“**
Die IHK Berlin bewertet in diesem Format regelmäßig die aktuellen innovationspolitischen Entwicklungen in der Stadt, formuliert Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung und treibt den politischen Diskurs an.



Datenpolitik

31%

der Berliner Unternehmen wünschen sich mehr Open Data.

Quelle: IHK-Digitalisierungsumfrage

Datenverfügbarkeit und moderner Datenschutz sind ein Standortfaktor! Je mehr und je hochwertigere Datensätze vorliegen, desto spannender sind auch die Anwendungsmöglichkeiten. Davon profitieren wir alle: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Für die gemeinsame Nutzung der Datenpotenziale braucht es moderne technische und (datenschutz-)rechtliche Rahmenbedingungen. Berlin hat mit dem E-Government-Gesetz und der Open Data Verordnung eine erste Grundlage gelegt. Bei der Umsetzung hapert es allerdings noch stark.

OPEN DATA ALS STANDORTFAKTOR BEGREIFEN

Quantitative und qualitative Steigerung der Datenbereitstellung

Die in diesem Jahr aktualisierte Open Data-Strategie stimmt positiv: Open Data wird nicht länger primär als Angebot der Verwaltung an Dritte bzw. als Datengrundlage für Innovationen in Forschung und Wirtschaft verstanden, sondern insbesondere als Chance für die Verwaltung selbst, eigene Daten effektiver zu nutzen. Neben der Überwindung von Datensilos muss das Ziel eine quantitative und qualitative Steigerung der Datenbereitstellung sein, damit Daten bestmöglich maschinenlesbar und (automatisiert) verknüpfbar sind. Hierfür benötigt es eine klare rechtliche Verankerung des Prinzips „Open Data by default“, verpflichtende Qualitätsstandards (bestenfalls Linked Open Data) sowie feste Arbeitsprozesse und konsequent eingesetzte Open-Data-Kapazitäten in den Verwaltungen und Bezirken.

ODIS weiterentwickeln

Bei der Umsetzung der Open Data-Strategie kommt der Open Data Informationsstelle (ODIS) eine gehobene Bedeutung zu. Die ODIS hat sich in den letzten Jahren als kompetenter Ansprechpartner für die Verwaltung und weitere städtische Akteure etabliert und mit diversen anschaulichen Prototypen die Potenziale von Open Data aufgezeigt. Über die Stadtgren-

zen hinaus erhält die ODIS Anerkennung für ihre Arbeit. Damit die ODIS weiterhin sowohl die Entwicklung von innovativen Datenanwendungen als auch die zahlreichen Unterstützungs- und Beratungsangebote im Rahmen der Open Data-Strategie leisten kann, benötigt sie langfristige Planungssicherheit und sollte angemessener ausgestattet und weiterentwickelt werden.

MIT DEM DATAHUB DEN GRUNDSTEIN FÜR EINEN DIGITALEN ZWILLING LEGEN

Offene Verwaltungsdaten müssen besser auffindbar, herunterladbar und verknüpfbar werden. Von besonderer Bedeutung für den (Open)-Data-Standort Berlin ist die Weiterentwicklung des Metadatenportals daten.berlin hin zu einer Datenmanagementplattform mit Cloudspeicher. Diese Grundfunktionen sollte der angekündigte Berlin DataHub abdecken und über Schnittstellen in die Verwaltungen die Datenupload- und downloadprozesse automatisieren. Ausgehend von der Konzeptstudie von 2019 sowie den bestehenden Geodaten-Portalen (FIS-Broker), sollte der Senat noch in diesem Jahr mit dem Aufbau des DataHubs in einer Testphase beginnen und mittels konkreter Use-Cases erproben.

Wichtig ist dabei, dass technische und rechtliche Möglichkeiten geschaffen werden, Daten über den DataHub nicht nur verwaltungsintern, sondern auch von und mit Dritten (Wirtschaft, Forschung, Zivilgesellschaft) zu teilen und gemeinsam zu nutzen. Zu entsprechenden Data-Governance- und Management-Modellen laufen bereits Pilotprojekte, deren Ergebnisse in die Konzeption einfließen sollten. Darüber hinaus muss von Beginn an die weiterführende Nutzung der DataHub-Infrastruktur für die Erstellung eines Digitalen Zwillings mitgedacht werden, auf den sich der Steuerungskreis Transformation der Berliner Industrie (SKIP) Anfang des Jahres verständigt hat.

Aufbau des DataHubs noch in diesem Jahr

Grundstein für den Digitalen Zwilling legen



KMU-SERVICESTELLE BEI DER BLNBDI EINRICHTEN

Start-up-Schule ausweiten

Seit November 2022 ist die wichtige Stelle der Berliner Datenschutzbeauftragten (BlnBDI) nach (zu) langer Vakanz wieder besetzt. Bei ihrem Amtsantritt wurde klar skizziert, wie die Behörde Unternehmen und Verwaltung durch einen konstruktiven, lösungsorientierten Austausch unterstützen möchte. Insbesondere KMU benötigen niederschwellige Angebote, denn rund um die aktuellen Gesetzesvorhaben auf EU-Ebene (z. B. Data Act) und Bundesebene (z. B. Beschäftigtendatenschutzgesetz) sowie zum EU-US Data Privacy Framework ist großer Beratungsbedarf zu erwarten. Das vorhandene BlnBDI-Angebot der Start-up-Schule sollte daher in Frequenz und Zielgruppe ausgeweitet werden. Zudem sollte eine „KMU-Servicestelle Datenschutz“ mit Handreichungen und gegebenenfalls persönlicher Beratung Unternehmen über aktuelle Entwicklungen informieren.

GESUNDHEITSDATEN ALS VORREITER FÜR INNOVATION NUTZEN

Gesundheitsdaten- plattform weiter fördern

Die Gesundheitswirtschaft ist eine der innovativsten Branchen Berlins. Exemplarisch dafür steht der Campus Berlin-Buch, der exzellente Forschung mit einem einzigartigen Innovations- und Gründungszentrum vereint. Die gemeinsame Bereitstellung und Nutzung von Gesundheits- und Patientendaten ist dabei eine zentrale Quelle für Effizienz, Innovation und Erfolgsfaktor für die Life-Sciences-Branche. Die Gesundheitsdatenplattform von Vivantes und Charité ist hier ein Meilenstein auf dem Weg zu Gesundheitsdatenmetropole. Der Senat sollte derartige Initiativen daher weiter unterstützen und gemeinsam mit den beteiligten Akteuren sowie der Datenschutzbeauftragten Möglichkeiten schaffen, damit Gesundheitsdaten – datenschutzkonform und entsprechend aggregiert/anonymisiert – auch Health-Start-ups und universitärer Forschung zur Verfügung gestellt werden können.

PROJEKT FÜR OPEN-SOURCE-DATENSCHUTZKONZEPTE PILOTIEREN

Einer der Gründe für den erfolgreichen Aufbau der Gesundheitsdatenplattform war die frühzeitige Einbindung und der konstruktive Austausch mit den zuständigen Behörden, wodurch selbst in diesem hochsensiblen Bereich datenschutzrechtliche Fragen ergebnisorientiert aufgelöst werden konnten. Daraus sollten Senat und BlnBDI konkrete Best-Practice-Beispiele und Leitfäden zu datenschutzkonformen Anonymisierungs-, Aufsichts- und Zugriffsmodellen ableiten und Unternehmen weiterer Branchen als Hilfestellung für die Umsetzung eigener Datenprojekte zugänglich machen. Vorstellbar ist ein gefördertes Projekt mit Wirtschaft und Wissenschaft, mit dem grundlegende Datenschutzkonzepte und -Lösungen als Open-Source-Angebote bereitgestellt werden.

Datenschutz als Open-Source-Angebot



Henning von der Osten

Geisler & Schambach GmbH
Ausschuss Innovative und wissensgetriebene Stadt



„In Berlins heterogener Unternehmenslandschaft gibt es zahlreiche Start-ups und Mittelständler, die mit innovativen Datenlösungen in ihrer jeweiligen Nische sehr erfolgreich sind. Unabhängig von der Unternehmensgröße können datenbasierte Geschäftsmodelle sowohl Umsatzzuwächse als auch – durch Zusammenwirken mit anderen Unternehmen – Wettbewerbsvorteile für den Standort Berlin erzeugen. Das ist allerdings kein Selbstläufer. Kreative Datenmodelle erfordern neue Kooperationsformen, eine gute Datengrundlage und insbesondere Ressourcen zum Testen und Ausprobieren.“



DAS MACHT DIE IHK !

■ IHK Gewerbedaten als Open Data

Seit März 2023 veröffentlicht die IHK Berlin monatlich einen aktualisierten Gewerbedatensatz als Open Data. Der Datensatz enthält Geodaten und weitere Informationen von über 300.000 Berliner Unternehmen und ist unter anderem über das Portal daten.berlin abrufbar.

■ Branchenpuls Berlin

Auf Basis des Gewerbedatensatzes wurde in einem Gemeinschaftsprojekt mit der Open Data Informationsstelle und dem CityLab Berlin ein Kartentool entwickelt, mit dem sich Nutzende einen Überblick über die Entwicklung einzelner Branchen und Wirtschaftszweige in Berlin verschaffen können.

■ IHK Service und Beratung zu Datenschutzthemen

Das Serviceteam der IHK Berlin bietet Unternehmen Erstberatung und Hilfestellung zu aktuellen Datenschutz- und Rechtsfragen sowie einen Überblick über die betrieblichen Pflichten rund um die Datenschutzgrundverordnung.



IT-Fachkräfte

Fachkräftesicherung hat für IT hohe Priorität! Auf dem Arbeitsmarkt für IT-Fachkräfte herrscht ein struktureller Fachkräftemangel. Der demografische Wandel wird in den nächsten Jahren die bereits verschärfte Mangellage zusätzlich befeuern. Der bitkom berechnet die Anzahl der zu besetzenden Stellen in der IT deutschlandweit auf 137.000; im Schnitt bleiben Stellen sieben Monate unbesetzt. Berlin ist als wichtiger IT-Standort von diesem Engpass erheblich betroffen. Daher kommt es darauf an, das bestehende Personal in Berlin zu halten, weiterzuentwickeln sowie neue, zusätzliche Fachkräfte-Potenziale zu erschließen.

137.000

IT-Stellen sind deutschlandweit aktuell unbesetzt.

Quelle: bitkom

QUALIFIZIERUNG UND ARBEITSRECHTLICHE REGELUNGEN FLEXIBLER GESTALTEN

Das Know-how von Spezialisten in der IT-Sicherheit muss kontinuierlich aufgefrischt werden. Gleichzeitig gilt es, zeitgemäße IT-Grundkenntnisse in die Breite der Belegschaft zu vermitteln. Aus diesem Grund sollten bestehende Förderangebote zur Qualifizierung von Bund und Land flexibilisiert sowie die Förderung innovativer Weiterbildungsangebote für Beschäftigte erprobt werden. Die Berliner Weiterbildungsverbände spielen hier eine wichtige Rolle, z. B. bei dem Thema betriebliche Lernprozessbegleitung, Personalentwicklung und Vernetzung. Erfolgreiche Weiterbildungsverbände sollten stetig finanziert werden.

Weiterbildungsangebote ausweiten

Die IT-Branche ist darüber hinaus aufnahmebereit für Quereinsteiger und Berufswechsler. Da die Arbeitslosigkeit in Berlin nach wie vor hoch ist, sollte die Förderstruktur für digitale Kompetenzen im SGB II und III auf ihre Aktualität und Unternehmensnähe geprüft werden. Speziell Datenkompetenzen sollten durch Weiterbildung und Beratung ausgebaut werden. Die IHK empfiehlt die Einbindung von Angeboten der Coding Schools in die Eintrittsplanung aller Berliner Jobcenter.

Quereinstiege und Coding Schools unterstützen



Zusätzlich sollte ein von den Senatsverwaltungen organisierter Round Table die mehr als zwanzig Coding Schools besser vernetzen und Synergien schaffen.

DEN STANDORT FÜR IT-TALENTE ATTRAKTIVER MACHEN

„Softe“ Standortfaktoren verbessern

Berlin hat ein positives Image als internationaler IT-Standort. Hieran muss angeknüpft werden, indem Fachkonferenzen und Community Events gefördert werden. Doch um im globalen Wettbewerb um IT-Fachkräfte auch weiterhin zu bestehen, darf sich Berlin nicht allein auf seine internationale Strahlkraft verlassen. Stattdessen müssen verfügbarer bezahlbarer Wohnraum, pädagogisch hochwertige Kitabetreuung und Schulsysteme als wichtige Standortfaktoren begriffen und entsprechend gewährleistet werden.

Verbleibstudie beauftragen

Weiterhin spielt die Ausbildung und Bindung von eigenen IT-Fachkräften in Berlin eine wichtige Rolle: Beim dualen Studium kommt es darauf an, dass die Hochschulen des Landes in der Lage sind, ihre Studienangebote flexibel und zeitgemäß auf die inhaltlichen Bedarfe auszurichten und genügend Plätze zur Verfügung stellen können. Bei Engpässen muss die Förderung privater Institutionen greifen. Unter Studienabsolventen der Hochschulen und Universitäten sollte eine Verbleibstudie des Landes Klarheit über Motivationen, Anreize und potenzielle Maßnahmen verschaffen, die einer Abwanderung vorbeugen und Talente am Standort halten.

EINFACHERE ZUWANDERUNG VON QUALIFIZIERTEN IT-FACHKRÄFTEN FORCIEREN

Fachkräfteeinwanderung erleichtern

Da der Bedarf an qualifizierten IT-Talenten längst nicht mehr nur aus dem Inland gedeckt werden kann, besteht der größte Hebel zur Fachkräftesicherung in der Einwanderung aus Drittstaaten. Für eine schnellere, effiziente Bearbeitung von Anträgen braucht das Landesamt für Einwanderung eine bessere Ausstattung und mehr personelle Kapazitäten.

Im nächsten Schritt sollten interkulturelle Kompetenzen sowie Englischsprachkenntnisse in allen zuständigen Behörden ausgebaut werden.

Ab 2024 wird zudem ein neuer Aufenthaltstitel für Stipendiaten von (IT-) Gründungsprogrammen eingeführt. Diese Einwanderungsmöglichkeit sollte als „Tech Visa Berlin“ in geeigneten Drittstaaten beworben werden. Um gezielt akademische IT-Kräfte für Berlin zu gewinnen, sollten Kooperationen mit Auslandsuniversitäten ausgebaut werden wie beispielsweise mit der German University in Kairo, an der errungene Abschlüsse in Deutschland akkreditiert sind. Die Möglichkeit von „Job Seeker Visa“ bietet gerade jungen IT-Fachkräften, die sich noch vor dem Karriereeinstieg befinden, eine attraktive Möglichkeit, sich in Deutschland beruflich zu verwirklichen. Das Visum sollte verstärkt proaktiv beworben und mit Blick auf Schwellen- und Entwicklungsländer auf Zugangshürden überprüft werden.

EINE MODERNE BRANCHE BRAUCHT MODERNE RAHMENBEDINGUNGEN

Für die langfristige Entwicklung der Unternehmen ist ein aktives Diversitätsmanagement unerlässlich. Hier können Förderprogramme – speziell für KMU – mit Schulungen oder Mentoring sowie aktiver Förderung von Vielfalt in Führungspositionen positive Beiträge leisten. Gute Beispiele sind hier u. a. „SheTransformsIT“ für mehr Frauen in der IT-Branche oder „Inklupreneur“ für die Förderung inklusiver Arbeitsplätze in Start-ups.

In nahezu allen IT-Teams wird agil und selbstorganisiert gearbeitet. Betriebe brauchen mehr Flexibilität hinsichtlich des multilokalen Arbeitens, um ihren Mitarbeitenden ein selbstbestimmtes Arbeiten zu ermöglichen. So bedarf es einer Umstellung von einer Tages- auf eine Wochenhöchst- arbeitszeit sowie vereinfachter rechtlicher Regelungen zur Remote-Arbeit aus dem Ausland. Für Ausbildungsbetriebe sollten rechtliche Lücken beim mobilen Ausbilden geschlossen werden. Da bestimmte IT-Spezialisten besonders rar am Markt sind, sollte die Arbeitnehmerüberlassung von IT-Fachkräften zwischen Unternehmen vereinfacht werden.

Kooperation mit Drittstaaten eingehen

Diversität in der Branche heben

Flexible Arbeitsmodelle ermöglichen



Außerdem sind viele IT-Fachkräfte als Freelancer aktiv. Hier sollte sich Berlin über den Bundesrat dafür einsetzen, dass Rechtssicherheit für den Einsatz externer IT-Spezialistinnen und Spezialisten in Unternehmen geschaffen wird.

Mitarbeiterbeteiligungen attraktiver gestalten

Zudem sollte sich Berlin gegenüber dem Bund dafür starkmachen, dass Unzulänglichkeiten bei der Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen reduziert werden, damit die Beteiligung von Beschäftigten am finanziellen Erfolg von Unternehmen steuerlich attraktiver wird und damit die Incentivierung und Bindung unternehmenswichtiger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einfacher wird.



Kerstin Ehrig-Wettstaedt

EHRIG GmbH
Ausschuss Innovative und wissensgetriebene Stadt

„Start-ups, Mittelstand und selbst Großunternehmen fällt es immer schwerer, IT-Stellen zu besetzen. Vielerorts fehlt es dadurch an wichtigen Kompetenzen für Digitalisierung und Wachstum. Der Ruf als Weltmetropole allein reicht im Wettbewerb um IT-Fachkräfte nicht mehr aus. Die Berliner Politik und Wirtschaft müssen daher gemeinsam die Attraktivität des Standortes erhöhen. Wir brauchen kreative Lösungen, um unsere eigenen IT-Talente aus- und weiterzubilden und in Berlin zu halten.“

DAS MACHT DIE IHK !

■ **Berliner Fachkräfte-Partnerschaft der IHK**

In dieser Initiative werden Angebote und Hilfestellungen wie Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Prüfungsangebote sowie zahlreiche Informations- und Serviceangebote für Unternehmen gebündelt.

■ **Festival der Wirtschaft „Zukunftsdialog Fachkräftegewinnung“ am 31.8.2023**

Als Bühne, Denk- und Werkraum für eine zukunftsfähige Arbeitswelt präsentierte das diesjährige Festival der Berliner Wirtschaft spannende Lösungen und Ideen für den Fachkräftemangel.

■ **Unternehmensnetzwerk „Gleichstellung gewinnt“**

Mithilfe des Netzwerks sollen anhand von Rollenvorbildern, Erfahrungsaustausch und öffentlichkeitswirksamer Arbeit die Weichen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Unternehmen gestellt werden.

■ **Jobmessen für internationale Fach- und Arbeitskräfte**

Die IHK führt regelmäßig Jobmessen mit Berliner Arbeitgebern durch, die einen speziellen Fokus auf Fach- und Arbeitskräfte mit Migrationsgeschichte haben.

■ **Newsletter: „Erfolgsfaktor Fachkräfte“**

Der Newsletter bietet Tipps, Tricks und Veranstaltungsempfehlungen für Mitgliedsunternehmen. Daneben kommentiert „Arbeitsmarkt aktuell“ politische Entwicklungen und gibt einen aktuellen Lagebericht vom Berliner Arbeitsmarkt.



Digitale Bildung

72%

der Berlin bis 2024 aus dem DigitalPakt Schule zur Verfügung stehenden Mittel sind gebunden.

Quelle: Förderdatenbank des Bundes

Die Digitalisierung der Schulen ist ein fortlaufender Prozess mit dem Ziel, die Schulen technologisch aufzurüsten und digitale Bildungsangebote zu verbessern. Der Berliner Senat hat, finanziert durch den DigitalPakt, verschiedene Maßnahmen ergriffen, um dieses Ziel zu erreichen. So wurden Schulen mit technischer Infrastruktur wie WLAN, digitalen Endgeräten und interaktiven Tafeln ausgestattet. Auch die Fortbildung der Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Technologien und pädagogischen Lehrkonzepten wurde verstärkt. Die landeseigene Lernplattform wurde professionalisiert und gleichzeitig wurden Alternativen zur Verfügung gestellt. Mit dem Erwerb von Landeslizenzen für digitale Lehr- und Lernsoftware wurde zudem die Nutzung digitaler Angebote im Unterricht gefördert. Trotz dieser Bemühungen gibt es weiterhin gravierende Herausforderungen: Immer noch gibt es ein deutliches Ungleichgewicht zwischen den Schulen bei der technischen Ausstattung und der Integration digitaler Bildung in den Unterrichtsalltag. Diese Diskrepanz muss aufgelöst werden, damit alle Berliner Schülerinnen und Schüler chancengleich die notwendigen Kompetenzen für die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft erwerben können.

ZIELBILD 2030 FÜR DIE DIGITALE BILDUNG IN BERLIN ENTWICKELN

Digitale Bildung 2030

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Senat ein klares Zielbild für die Bildung mit digitalen Medien in Berliner Schulen für das Jahr 2030 entwickelt. Solch eine Vision, unterlegt mit quantitativen und qualitativen Indikatoren, schafft zwischen den Akteuren ein gemeinsames Verständnis davon, wann das eigentliche Ziel erreicht ist. Dieses Zielbild dient als Maßstab für die daraus abzuleitenden strategischen Konzepte, Entscheidungen und Maßnahmen. Mit Hilfe des Zielbildes gestalten die beteiligten Akteure die Rahmenbedingungen, priorisieren Aktivitäten und setzen die zur Verfügung stehenden Ressourcen effektiv ein.

AGILE VERFAHREN FÜR ZEITGEMÄSSE LEHRPLÄNE EINFÜHREN

Für eine relevante Kompetenzentwicklung sind zukunftsfähige Lehrpläne unerlässlich. Die Lehrpläne für Schulen, duale Ausbildung und Lehr- amtsausbildung müssen die notwendigen Kompetenzen für eine erfolgreiche Partizipation der Schülerinnen und Schüler an unserer Informations- und Wissensgesellschaft vermitteln. Neben der Stärkung digitaler Lernort-Kooperationen zwischen Bildungsorten und Wirtschaft müssen die Lehrpläne deutlich häufiger und effizienter aktualisiert werden als bisher. Nur so kann das Bildungssystem mit den rasanten technologischen Fortschritten und den sich wandelnden Anforderungen der Arbeitswelt Schritt halten. Benötigt wird ein dynamisches Verfahren für die Neuordnung von Lehr- und Rahmenplänen, unterstützt durch eine „Fast Lane“ für bestimmte Schulfächer und Ausbildungsberufe.

Lehrpläne häufiger und effizienter aktualisieren

Ein Novellierungsindex könnte als Instrument zur Bewertung und Priorisierung des Aktualisierungsbedarfs der Lehrpläne dienen. Der Index würde die Relevanz und Angemessenheit von Lehr- und Rahmenplänen in Bezug auf aktuelle Entwicklungen in der Technologie und Arbeitswelt abbilden. Jährlich erstellt, bildet er die Grundlage für die schnelle und präzise Anpassung von bestehenden Verordnungen.

Novellierungsindex

AUS- UND FORTBILDUNG DER LEHRKRÄFTE ZU DIGITALER BILDUNG FOKUSSIEREN

Digitale Bildung erfordert qualifizierte Lehrkräfte. Der Berliner Senat muss die Aus- und Fortbildung der Lehrer priorisieren und ausreichend Ressourcen bereitstellen. Dazu gehört die Bündelung der verschiedenen Angebote unter dem Dach eines Berliner Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung. Lehrkräfte benötigen sowohl Basics an Technologiekenntnissen zur sicheren Nutzung digitaler Tools als auch solche fachlichen Kompetenzen, die dazu beitragen, dass Unterricht mit digitalen Medien zur individuellen Leistungssteigerung beiträgt und die Medien-

Berliner Landesinstitut für Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften



kompetenz fördert. Die bestehende Fortbildungspflicht muss kohärent durch entsprechende Vorgaben in der Beurteilung als Indikator für Schulqualität und durch attraktive Fortbildungsangebote durchgesetzt werden. Eine ganzheitliche Lehreraus- und -fortbildung ist der Schlüssel, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die Anforderungen der digitalen Welt vorzubereiten.

DIGITALISIERUNGSFREUNDLICHEN RECHTSRAHMEN SICHERSTELLEN

Rechtsrahmen anpassen

Das Land Berlin steht in der Verantwortung, einen digitalisierungsfreundlichen Rechtsrahmen zu schaffen, der die rechtskonforme und effektive Umsetzung digitaler Bildung ermöglicht. Im ersten Schritt müssen dafür systematisch die relevanten Gesetze und Verordnungen durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf digitale Bildung gescreent werden. Dafür wird die Expertise des Landesbeirats Digitalisierung und weiterer beteiligter Institutionen eingebunden und genutzt.

INFRASTRUKTUR UND KAPAZITÄTEN ANGEMESSEN STEUERN

Mindeststandards für die Ausstattung von Schulen festlegen

Berlin benötigt eine transparente Zuordnung der Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen den bezirklichen Schulämtern und der obersten Schulbehörde, verbunden durch eine zentrale Steuerung. In diesem Rahmen werden Mindeststandards für die Ausstattung der Schulen festgelegt, um so die Umsetzung durch die Schulträger sicherzustellen. Das Ziel der Koalition, alle öffentlichen Schulen an das gigabitfähige Breitbandnetz anzubinden, wird um die strukturierte Verkabelung und belastbarer Elektrik in den Schulen ergänzt. Für die Didaktik müssen ausreichend digitale Endgeräte, Werkzeuge und Landeslizenzen für geeignete Software sowie personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Benötigt werden tragfähige Konzepte für die Bereitstellung von IT-Administration sowie Verwaltungs- und medienpädagogischen Fachkräften. Um einer

Über- bzw. Unterversorgung vorzubeugen, sollte den Schulen ein Budget zur Verfügung stehen, das neben der Absicherung der Mindeststandards eine eigenverantwortliche, personelle Akzentuierung vor Ort ermöglicht.



Dr. Julia Kleeberger

Form 21 GmbH
Stv. Ausschussvorsitzende Bildungsstarke Stadt



„Zu guter digitaler Bildung gehört neben fachlichen Fertigkeiten auch die Stärkung von Metakompetenzen wie kritisches und systemisches Denken, um neue Entwicklungen einzuordnen, den Status quo zu reflektieren und sich selbst zu positionieren. ChatGPT verzeichnete in nur fünf Tagen über eine Million Nutzende: Solche Entwicklungen sind nicht vorhersehbar, aber Schule muss der Raum sein, wo unsere Kinder lernen, mit diesen Entwicklungen umzugehen, Potenziale wie auch Gefahren zu erkennen und kreative Anwendungsmöglichkeiten zu entwickeln.“



DAS MACHT DIE IHK

■ Businessplan „Wirksame Bildung“

Gemeinsam mit einem Expertenteam und als Teil der 3+1-Strategie des Präsidiums der IHK Berlin wurden konkrete Produktideen, deren Operationalisierung und Erfolgskriterien entwickelt, um das Berliner Bildungssystem in Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partner zu stärken.

■ Ausschuss Bildungsstarke Stadt

Der Ausschuss berät und begleitet die Vollversammlung und das Präsidium, um Impulse für die Berliner Bildungspolitik zu setzen. Dafür nimmt er die gesamte Bildungskette in den Blick und bezieht wichtige unternehmerische Akteure z. B. im Privatschulwesen und Unternehmen aus dem Bereich der Bildungstechnologie mit ein.

■ Berliner Zukunftsforum Wirksame Bildung 2023

Anlässlich der KMK-Präsidentschaft Berlins 2023 veranstaltet die IHK Berlin das Berliner Zukunftsforum, um Innovatoren aus Berliner öffentlichen und privaten Schulen, der frühkindlichen Bildung und der Unternehmerschaft in ihrem Engagement zu unterstützen, den Dialog mit der Politik zu fördern und die Bildungsakteure miteinander zu vernetzen.

■ Newsletter „Bildungspolitik aktuell“

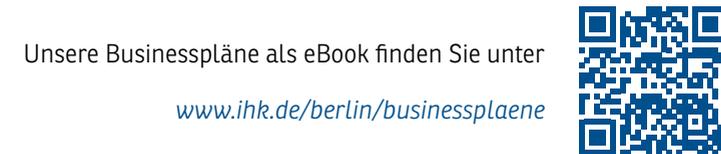
Der monatliche Newsletter bietet Zahlen, Fakten und Positionen zu aktuellen Themen der Bildungspolitik.

Weitere Informationen



Weitere Informationen zur Digitaloffensive finden Sie auf unserer Webseite unter

www.ihk.de/berlin/digitaloffensive



Unsere Businesspläne als eBook finden Sie unter

www.ihk.de/berlin/businessplaene



Bleiben Sie auf dem Laufenden und melden sich für unsere Newsletter an

www.ihk.de/berlin/newsletter



Herausgeber

IHK Berlin
Fasanenstraße 85
10623 Berlin
Telefon: +49 30 31510-0
Telefax: +49 30 31510-166
E-Mail: service@berlin.ihk.de
www.ihk.de/berlin

Stand

2. Auflage, September 2023

Layout

IHK Berlin, Stephanie Krause

Bildquelle

Titel, S. 4, S. 29: © monsitj – iStockphoto.com
S. 9, 14, 24,34: © Fotostudio Charlottenburg
S. 29: © Christian Kielmann

Lektorat

Berit Sörensen
Text + Lektorat
berit.soerensen@gmx.net

